

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

**Schützen wir überall in der Schweiz Menschen, die von Armut und
Überschuldung bedroht sind (Po. 23.4216)**

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Schneuwly, Joëlle

Bevorzugte Zitierweise

Schneuwly, Joëlle 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Schützen wir überall in der Schweiz Menschen, die von Armut und Überschuldung bedroht sind (Po. 23.4216), 2024*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 06.08.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Sozialpolitik	1
Gesundheit, Sozialhilfe, Sport	1
Sozialhilfe	1

Abkürzungsverzeichnis

Allgemeine Chronik

Sozialpolitik

Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

Sozialhilfe

POSTULAT
DATUM: 14.03.2024
JOËLLE SCHNEUWLY

Ende September 2023 reichte Benjamin Roduit (mitte, VS) ein Postulat ein, mit welchem er den Bundesrat mit der Prüfung eines Konzeptes betrauen wollte, durch welches die **Einführung effektiver Programme zur Sozial- und Überschuldungsprävention** auf kantonaler Ebene unterstützt werden soll. Das Konzept soll auf einer Zusammenstellung aller bundesrechtlichen Vorschriften, welche eine schnelle Umsetzung von Präventionsmassnahmen gegen Armutsrisiken beeinträchtigten, sowie auf bereits existierenden kantonalen Projekten basieren.

Nachdem das Geschäft in der Wintersession 2023 von Alfred Heer (svp, ZH) bekämpft worden war, kam es in der darauffolgenden Frühjahrsession in den Nationalrat. Dort stellte der Postulant sein Anliegen vor und unterstrich die Bedeutung einer klaren Definition von Überschuldung sowie die Relevanz einer wirkungsvollen Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen. Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider sprach sich für Annahme des Postulats aus. Der Vorstoss gehe nicht mit der Einleitung eines legislativen Prozesses einher, sondern ziele auf eine koordinierte Herangehensweise ab, welche in Zusammenarbeit mit den Kantonen erfolge. Trotz der bundesrätlichen Unterstützung lehnte die grosse Kammer das Geschäft mit 91 zu 87 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) ab. Die Fraktionen der FDP und SVP stellten sich erfolgreich gegen das Anliegen.¹

1) AB NR, 2024, S. 586 f.